

Datum: 03.01.2011

Stabübergabe beim Städte- und Gemeindebund **2011 ist ein Schlüsseljahr für die Städte und Gemeinden im Land Finanzkrise jetzt nachhaltig bekämpfen**

Magdeburg.- Mit einer symbolischen Schlüsselübergabe hat der bisherige Landesgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt, Dr. Bernd Kregel, heute seinem Nachfolger Jürgen Leindecker die Amtsgeschäfte übergeben. Die beiden Kommunalvertreter nutzten die Gelegenheit zum Appell an die Landespolitik, die aktuelle Finanzkrise der Städte und Gemeinden jetzt zu überwinden. „Städte und Gemeinden bilden die Grundlagen für das Gemeinwesen. Wenn sie nicht endlich wieder handlungsfähig werden, gefährdet sich Sachsen-Anhalt in einem eigenen Bestand,“ betonten Leindecker und Kregel in Magdeburg.

Nach Abschluss der Gebietsreform gelte es nun, den neuen Städten und Gemeinden für die Menschen ein Gesicht zu geben. „Größe und Verwaltungskraft alleine öffnet nicht die Herzen der Menschen“, meinten Kregel und Leindecker. „Vielmehr kommt es jetzt darauf an, dass die Menschen spürbar die neue Gemeinde erkennen können. Das geht nicht,

wenn am Ende eines Tages für die Dienstleistungen am Menschen keine Finanzen mehr zur Verfügung stehen.“

Der harte Winter - der zweite in Folge - verdeutliche, dass das Gemeinwesen in Deutschland nur funktioniere, wenn alle an diesem Gemeinwesen mitwirken. Das gelte für Diejenigen, die zum Kehren vor der eigenen Haustüre aufgerufen seien ebenso, wie für staatliche und kommunale Stellen, die funktionierende Infrastrukturen sichern müssten. Die Menge der Infrastrukturen und die qualitativen Anforderungen an diese erforderten aber auch ausreichende Betriebsmittel, diese öffentlichen Einrichtungen auch in stürmischen Zeiten aufrecht erhalten zu können. Allein mit mehr und zusätzlichen Steuern, Gebühren und Beiträgen könne das Delta in den Kassen der Städte und Gemeinden nicht gedeckt werden.

„Die kommunale Finanzkrise hat überwiegend nicht ihre Ursachen in den Städten und Gemeinden des Landes“, betonten Leindecker und Kregel. 20 Jahre nach Wiedergewinnung der kommunalen Selbstverwaltung und nach mehr als anderthalb Jahrzehnten Solidarpakt stellten die Städte und Gemeinden in Sachsen-Anhalt fest, dass ihre Steuerkraft weit hinter der, vergleichbarer westdeutscher Städte zurückbleibt. „Das Jahr 2019 - in dem der Solidarpakt ausläuft - vor Augen, stellt sich heute bereits die Frage: Wie geht das weiter mit der kommunalen Selbstverwaltung ohne die notwendige Finanzausstattung?“